

„Eliten und Führungsschichten im Südwesten Deutschlands:

DAS BEISPIEL FRIEDRICH WILHELM WAGNER

Vom Ludwigshafener Arbeitersohn zum Bundesverfassungsrichter“

Sehr geehrte Damen und Herren,

In unserer diesjährigen Vortragsreihe über Eliten und Führungsschichten im Südwesten Deutschlands wurden bisher Germanische Eliten, der hiesige Adel im späten Mittelalter und in der Frühen Neuzeit, aber auch bäuerliche Oberschichten sowie beispielhaft die katholische Gründungselite der Bundesrepublik Deutschland vorgestellt.

Im Rahmen dieser Elitenbeschreibung werde ich sie heute in eine weitere – im Vergleich zu den bisher beschriebenen - relativ junge gesellschaftliche Gruppe einführen - nämlich die der Arbeiter.

Ich stelle dabei folgende THESE auf:

**Die Übernahme des MARXISMUS
DURCH DIE DEUTSCHE
ARBEITERBEWEGUNG ERMÖGLICHTE
DEREN EMANZIPATION INNERHALB
DER WILHELMINISCHEN
GESELLSCHAFT UND FÜHRTE ZU**

***EINER EIGENEN ELITENBILDUNG,
DEREN ERFOLGREICHES WIRKEN
INNERHALB DER DEMOKRATISCHEN
GESELLSCHAFT WIEDERUM DIE
ARBEITER AUS DEM MARXISTISCHEN
DOGMA BEFREITE UND ZUM EINEM
INTEGRATIVEN FAKTOR IN DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
WERDEN LIESS.***

Am Beispiel Friedrich Wilhelm Wagner werde ich versuchen meine These zur Elitenbildung innerhalb der Arbeiterbewegung zu belegen:

Einleitend sei daher die Frage erlaubt, woher kam nun diese neue gesellschaftliche Unterschicht, die sich zum Zeitpunkt der Geburt von Friedrich Wilhelm Wagner selbst voller Stolz als Arbeiterklasse definierte, der nach eigenem Verständnis naturnotwendig die Zukunft gehören würde, während sie wiederum für andere nur vaterlandlose Gesellen waren?

Die Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist verknüpft mit der industriellen Revolution in Deutschland: Zwar entstand bereits 1784 die erste mechanische Baumwollspinnerei in Ratingen; den industriellen Durchbruch ermöglichte aber erst 1834 der Deutsche Zollverein, der ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet schuf, das den deutschen Unternehmen schlagartig neue Absatzmärkte und Wachstumschancen eröffnete, aber auch Konkurrenzdruck; schon ein Jahr später verkehrte die erste Dampfeisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth und war ab sofort der Führungssektor der industriellen Revolution in Deutschland.

Bereits 1844 erfolgte in Schlesien mit dem Weberaufstand die erste größere proletarische Erhebung, die sich gegen Lohnkürzungen und über alles erträgliche Maß hinausgehende Arbeitszeitverlängerungen wandte.

(Foto 1 Kommunistisches Manifest)

Entsprechend verkündete auch zu Beginn des Jahres 1848 Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“ einen lang anhaltenden Klassenkampf zwischen den Besitzern der neuen industriellen Produktionsmitteln, der Bourgeoisie und den modernen Lohnarbeitern, den Proletariern, die nach seiner Auffassung nichts als ihre Ketten zu verlieren, aber durch die kommunistische Revolution eine Welt zu gewinnen hätten.

Das kommunistische Manifest wird zur stärksten in der Arbeiterbewegung verbreiteten theoretischen Schrift werden – selbst 100 Jahre nach seinem Erscheinen ist dieses Jubiläum auf dem Bezirksparteitag der pfälzischen SPD - an dem auch Friedrich Wilhelm Wagner nach 14 Jahren Exil wieder teilnehmen kann - noch Thema des festlichen Abendvortrages.

Allerdings ist der Herausgeber des Manifests – der Bund der Kommunisten – zunächst nur eine kleine deutsche Exilgruppe in London

(Foto 2: Lassalle)

In Deutschland selbst gründet 1863 Ferdinand Lassalle den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein – ADAV“

Hauptforderung: Ersetzung des preußischen Drei-Klassen-Wahlrechts durch ein Mehrheitswahlrecht im Rahmen eines sozialen Königtum / Großdeutsche Lösung

Eine staatlich unterstützte fabrikmäßige Großproduktion soll das „eherne Lohngesetz“ durchbrechen und den Arbeitern den „vollen Arbeitsertrag“ ohne Abzug des Unternehmergewinns ermöglichen

Am 14. Februar 1869 führte der ADAV in Oggersheim seine erste Zusammenkunft mit 80 Teilnehmern durch – womit auch das Gründungsdatum der Ludwigshafener Arbeiterbewegung genannt wäre.

Konkurrenz von links: August 1869 Gründung der SDAP in Eisenach

(Foto 3: Bebel

Foto 4: Liebknecht)

Das Eisenacher Programm: Mischung aus Marxismus und den inhaltlichen Forderungen des ADAV, aber föderalistisch und kleindeutsch

Anschluss an die IAA (I. Internationale)

(Foto 5: Marx

Foto 6: Engels)

31. Oktober 1871 streiken 600 Arbeiter in der Oggersheimer Samtfabrik.

(Foto 7: Ehrhart)

Ab 1873 agiert Franz Josef Ehrhart in seiner pfälzischen Heimat – zumeist in Kaiserslautern; dort gründete er auch den ersten Ortsverein der SDAP in der Pfalz

Übertritt von Lassalleanern zu den Anhängern von Marx in Deutschland

1875 Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)

(Foto 8: Traditionsbild Marx + Lassalle)

Gothaer Programm ist eine Mischung aus Lassallschen Forderungen und Kommunistischen Manifest mit föderalistischen Aufbau

Von Marx als zu opportunistisch gegen über dem Staat kritisiert – demokratischer Ansatz der Arbeiterbewegung wird vom Staat selbst untergraben

Der nun vereinigten Arbeiterbewegung versuchten die Herrschenden erstmals am 21. Oktober 1878 durch ein Organisationsverbot – „Sozialistengesetz“ – entgegenzutreten, das aber die aufwärtsstrebende Selbstorganisation der Arbeiter nicht mehr zerschlagen konnte.

Verstärkt Milieubeschreibung; Arbeitersportvereine, Arbeiterturnvereine, Arbeitergesangvereine, Arbeitertheatervereine, Konsumgenossenschaften

1889, als noch unter dem Sozialistengesetz mit Franz Josef Ehrhardt erstmals ein Sozialdemokrat in den Ludwigshafener Stadtrat gewählt

1.427.000 Wähler für die SAPD bei der Reichstagswahl im Februar 1890 (gegenüber 437.000 Stimmen bei den Wahlen von 1878) eindrucksvoll, dass die durch das Sozialistengesetz beabsichtigte Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung gescheitert war.

Das Ausnahmegesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ wurde am 30. September 1890 vom Reichstag nicht mehr verlängert.

Der erste Parteitag der SAPD nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes fand vom 12.-18. Oktober 1890 in Halle statt. Umbenennung der Partei in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD“.

9. Januar 1891 „Agitationsverein Pfalz der SPD“

Nach einer vorausgegangenen umfangreichen Debatte wurde das neue Programm im Oktober 1891 auf dem Parteitag in Erfurt verabschiedet.

(Foto 8: Erfurter Programm)

Das einstimmig beschlossene Erfurter Programm veranschaulichte die Auswirkungen des Sozialistengesetzes auf die weitere Entwicklung der SPD

(Foto 9 Kautsky)

Sein erster, von Karl Kautsky verfasster und eng an den ersten Band des „Kapitals“ angelehnter, theoretischer Teil folgte in seiner Gesellschaftsanalyse der von Marx und Engels entwickelten Theorie und sagte eine Verschärfung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes voraus. Dieser Kampf sollte seinen Abschluss in der Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum finden.

(Foto 10 Bernstein)

Der zweite Teil des Programms dagegen basierte auf einem von Eduard Bernstein entwickelten praktisch-politischen Forderungskatalog der Partei an die kapitalistische Gesellschaft, was durch Reformen durchaus im Rahmen dieser Gesellschaftsordnung zu erfüllen war.

Besonders der erste Teil des Erfurter Programms verdeutlichte, dass das Sozialistengesetz zu einer Radikalisierung der Perzeption des Staates durch die Partei geführt hatte. So unterstützte auch Friedrich Engels ausdrücklich das neue Parteiprogramm.

Am 1. Oktober 1894 erschien zum ersten Male die „Pfälzische Post“ als Organ der vorderpfälzischen SPD in Ludwigshafen. Die Gesamtleitung lag natürlich bei Franz Josef Ehrhart.

Juni 1898 Erhart erstmals sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Ludwigshafen und begründet damit eine durchgängige Tradition bis 1990 – eine Tradition für die zwischen 1930 und 1933 und von 1949 bis 1962 auch der Name Friedrich Wilhelm Wagner steht.

Wer war nun dieser Friedrich Wilhelm Wagner?

War ihm seine spätere Zugehörigkeit zur Gründungselite der Bundesrepublik Deutschland bereits in die Wiege gelegt?

Wie viel seiner beispiellosen Karriere innerhalb der Ludwigshafener Sozialdemokratie verdankt er seinem eigenem Talent und wie viel verdankt er dem Arbeitermilieu, in das er am 28. Februar 1894 im Hemshof, in der Kanalstraße 16 hineingeboren wurde.

Fragen – die ich vor dem Hintergrund meiner eingangs aufgestellten These am ende meines Vortrages gerne mit Ihnen diskutieren würde.

(FOTO 11 KIND)

Wagner wurde 1894 nicht nur in das Arbeitermilieu des Hemshof hineingeboren, sondern auch zugleich in ein politisches Elternhaus.

Seine Mutter Elisabeth war Schwester des späteren SPD-MdR Josef Huber

Sein Vater Friedrich wurde als aktiver Sozialdemokrat kurz nach der Geburt des Stammhalters „wegen revolutionärer Umtriebe“ durch die BASF entlassen

(Broschüre über „Die Zustände in der BASF“ von 1892)

Friedrich Wagner senior eröffnete nach seiner Entlassung ein Geschäft für Schreibwaren-, Galanterie und Lederwaren, bei dem nun die Anilinarbeiter vor allem dem Schulbedarf für ihre Kinder einkauften. Das Hohe Lied der Solidarität war also eine wesentliche Voraussetzung für die höhere Schulausbildung von Friedrich Wilhelm Wagner

(FOTO 12 SCHÜLER)

1904 Friedrich Wilhelm wechselt von Volks- in die Oberrealschule / Vater Friedrich in den Stadtrat gewählt

1912 übt er sich die Rednerkunst: Übungsstoff war Johann Gottlieb Fichtes: Reden an die deutsche Nation – Wagner entwickelt sich zu brillantem Redner, das eigene Talent ist also auch unbestreitbar

1913 Abitur

(FOTO 13 STUDENT)

Anschließend Studium der Rechts- und Staatswissenschaft sowie der Philosophie in Tübingen, München, Berlin und Heidelberg

(FOTO 14 MILITÄR)

1915/16 Militärdienst

1916 Mitarbeiter der Stadtverwaltung (Brennstoffamt)

1917 Mitglied der MSPD / Sozialisation im Elternhaus

1919 Vorsitzender des Ortsvereins Ludwigshafen der MSPD

1921 Mitglied der Bezirksleitung Pfalz der MSPD.

1922 Eröffnung einer Rechtsanwaltspraxis in Ludwigshafen.

23. Oktober 1923 Pfalzaktion: MdR Johannes Hoffmann, Paul Kleefoot (Bürgermeister von Ludwigshafen) und Friedrich Wilhelm Wagner werden bei General de Metz (für die Pfalz zuständiger Kreisdelegierter der internationalen Rheinlandkommission) vorstellig

(FOTO 15 SPD)

1927 stellvertretender pfälzischer Bezirksvorsitzender der SPD

(FOTO 16 REICHSBANNER)

1927 Gauführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Pfalz

1930 MdR / Mitglied des Strafrechtsausschusses

(Foto 17 Eiserne Front)

**1931 Mitglied des Stadtrats in Ludwigshafen / NS-Pöbeleien Foerster /
ultralinke Positionen der KPD (Herbert Müller) und der Troztkisten (Max
Frenzel)**

(Foto Wels)

1932 Vertretung Otto Wels gegen Robert Ley (DAF) / Seiden-Willi

(Foto 18 Boykott Praxis)

10. März 1933 als Reichsbannerführer verhaftet

11. März 1933 Flucht über Neustadt im Schwarzwald in die Schweiz

**April 1933 Emigration nach Frankreich – wohnhaft in Straßburg –
Betreuung von Emigranten – Familie liebt von Strickereigeschäft der Frau /
Enteignung in Deutschland („Fluchtsteuer“)**

**Februar 1936 Beteiligung an dem Versuch der Bildung einer deutschen
Volksfront in Paris „Lutetia-Kreis“**

**Juli 1936 geschäftsführender Vorsitzender der Zentralvereinigung der
deutschen Emigration mit Sitz in Paris**

27. Oktober 1937 Ausbürgerung

**9. Januar 1938 Präsident der Landesgruppe der deutschen
Sozialdemokraten in Frankreich**

(FOTO 19 EMIGRANTEN)

**1940 Flucht vor der Wehrmacht nach Südfrankreich, anschließend über
Spanien und Portugal**

April 1941 Emigration in die USA / arbeitslos, u. a. Fahrstuhlführer.

**In den USA im Vorstand der deutschen Gruppe der Social Democratic
Federation**

Ab 1943 arbeitet Wagner in den USA als Bibliothekar

1944 Invasion mit Namenslisten Wagners über Nazis und Demokraten, die 1945 dann auch beim Einmarsch der Amerikaner in Ludwigshafen zur Verwendung kommen

November 1946 Ausreiseerlaubnis

Februar 1947 Ankunft in Dahn bei Schwester

März 1947 Wiedereröffnung der Anwaltspraxis am Ludwigplatz 1, 2 Stock

April 1947 Mitglied der Unterbezirksleitung Ludwigshafen und des Bezirksvorstandes der pfälzischen SPD / Rede über mangelnde Entnazifizierung.

Mai 1947 bis August 1949 MdL Rheinland-Pfalz / Vorsitzender im Haupt- und Rechtsausschuss

(FOTO 20 MdL)

1947/48 Verteidigung des BASF-Direktors Dr. Carl Wurster im I. G. Farben-Prozess vor dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal

(FOTO 21 PROZESS)

1948/49 Mitglied im Parlamentarischen Rat / Vorsitzender des Ausschusses für Kompetenzfragen / Ablehnung der Todesstrafe im GG

ab November 1948 wieder Stadtrat in Ludwigshafen

(FOTO 22 STADTRAT / PASADENA)

12/1948-4/1954 Präsident der Pfälzischen Anwaltskammer

1949-1961 MdB / Vorsitzender des Ausschusses für Patentrecht und gewerblichen Rechtsschutzes; Mitglied des Richterwahlausschusses zur Wahl an oberen Bundesgerichten

(FOTO 23 Wagner und Schumacher)

Politische Grundeinstellung Wagner und Schumacher identisch:

Bei der Stadtratssitzung am 24. Juli 1950 beglückwünschte Friedrich Wilhelm Wagner den Oberbürgermeister Bauer Umstand, dass die KPD dem Haushaltsplan nicht zugestimmt habe und betonte unter Verweis auf die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der SBZ / DDR, dass es keine Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD in Ludwigshafen gebe, "denn es gibt keine Zusammenarbeit zwischen Gefängniswärtern und Gefangenen. SPD und KPD haben nichts gemein! Die SPD ist ein entschlossener Gegner der KPD und SED!"

Entschlossener Gegner des Landes Rheinland-Pfalz

Im Mittelpunkt der Stadtratssitzung stand am 3. April 1951 der Beitritt der Stadt zur kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar GmbH. Dabei warnt Friedrich Wilhelm Wagner "vor der falschen Vorstellung, dass die schlechte Behandlung Ludwigshafens durch Rheinland-Pfalz durch den Beitritt zu einer Arbeitsgemeinschaft eine Änderung erfahren würde".

(FOTO 24 WAGNER BAUER OLLENHAUER)

Am 18. Oktober 1954 gab der scheidende Oberbürgermeister Valentin Bauer zu Ende der Stadtratssitzung anlässlich der Anwesenheit des Luther-Ausschusses in Mannheim eine persönliche Erklärung gegen den dabei geäußerten Vorschlag für einen Anschluss der Pfalz an Baden-Württemberg ab und gab seine damit verbundene Befürchtung einer Degradierung von Ludwigshafen zu einem Vorort von Mannheim kund, was die bisherigen Bemühungen Ludwigshafens konterkarieren würde, dem Stadtzentrum einen großstädtischen, aber nicht vorstädtischen Charakter zu geben. Mitbestimmend bei diesem Ansinnen sei die Absicht, die Steuerkraft der hiesigen Industrie, besonders der BASF, in die eigene Mannheimer Kasse oder gar in den Schwabensäckel zu leiten!

Damit stieß auf den Widerspruch von Wagner, der Oberbürgermeister Bauer, "weiß-blau-königlich-bayerische" Propaganda unterstellte, also eine Propaganda des Anschlusses der Pfalz an Bayern. Vielmehr sei durch eine Zusammenfassung der Kräfte der Wohlstand der Stadt Ludwigshafen vermehrbar sowie durch einen Zusammenschluss der Länder Baden-Württemberg und Pfalz eine Erhöhung der Wirtschaftskraft sowie eine Höhergestaltung der Kultur durch einen kräftigen Staat möglich.

Mit der Beendigung des Besatzungsstatus am 5. Mai 1955 stand die Frage der Fortexistenz des Bundeslandes Rheinland-Pfalz auf der Tagesordnung. Nach dem anschließend ein Sachverständigen-Ausschuss der Bundesregierung zu dem Ergebnis kam, dass Rheinland-Pfalz zu den leistungsschwachen Ländern gehöre und seine Abgrenzung einer Revision bedürfe, traten auch in der Chemiestadt zwei sehr rührige Vereinigungen in Erscheinung, die sich für ein Volksbegehren zur Herauslösung der Pfalz aus Rheinland-Pfalz aussprachen. Zum einen war dies der @Bund

Bayern und Pfalz@, der sich für einen Wiederanschluss der Pfalz an Bayern einsetzte und u.a. von Oberbürgermeister Valentin Bauer, darüber hinaus der SPD-Bezirksvorsitzende Bögler und MdL Herklotz unterstützt wurde; zum andern der @Verein Kurpfalz@ der den Zusammenschluss der Pfalz mit Baden-Württemberg zu einem Südweststaat präferierte. Prominentester Vertreter dieses Vereins waren in Ludwigshafen Bürgermeister Dr. Reichert, MdL Ernst Lorenz und Friedrich Wilhelm Wagner. Die SPD zeigte sich also in der Frage Pfalz oder Bayern besonders gespalten und war sich nur einig über die Ausgliederung der Pfalz aus Rheinland-Pfalz. Gleiches galt auch für die KPD, die als alleiniges Ziel die Auflösung von Rheinland-Pfalz als "Basis der Reaktion" propagierte. Hingegen folgten trotz des Engagements von Dr. Reichert

- Einschub Mörz-

für den @Verein Kurpfalz@ die Mitglieder von CDU und FDP in Ludwigshafen mehrheitlich der von ihnen mitgetragenen Landesregierung und sprachen sich gemeinsam mit dem @Bund Rheinland-Pfalz@ für den Fortbestand des Bundeslandes aus.

Galionsfigur Wagner

18. März 1956 MdB Friedrich Wilhelm Wagner Redner auf einer „Sympathiekundgebung“ des Nordbadischen Ausschusses zur Förderung des Volksbegehrens in der Pfalz im Mannheimer Rosengarten

18. April 1956 Wagner Hauptredner auf der Abschlusskundgebung („Anschluss ohne Echo – GG“) des Vereins Kurpfalz: Dabei sprach sich Wagner gegen ein Weiterbestehen des Landes Rheinland-Pfalz aus: Einmal wegen der Tatsache, dass der Rhein als innerstaatliche Grenze gelte. Dieser nationalpolitische Fehler, der absichtlich durch die Besatzungsmacht

herbeigeführt wurde, müsse wieder beseitigt und eine feste Verankerung des Landes auf der rechten Seite des Rheines geschaffen werden. Der zweite Fehler sei, dass Rheinland-Pfalz zu klein und zu schwach und deshalb leistungsunfähig sei. Ein moderner Staat – und das gilt im besonderen Maß auch bei einem föderativen Aufbau – brauche nun einmal eine Mindestgröße an Fläche und Einwohnerzahl, wenn er überhaupt existenzfähig sein soll. Für eine Verbindung mit dem Südweststaat sprechen dagegen die Nachbarschaft und die Tatsache, dass Baden-Württemberg nach Nordrhein-Westfalen das wirtschaftlich gesündeste Land der Bundesrepublik sei. Wenn der Rhein nicht mehr die Grenze sei, würde auch die Reiberein mit Mannheim aufhören. In Hinblick auf bayerische Versprechen erklärte er: Die Pfalz brauche keine Sonderbehandlung; sie sei kein krankes Kind, sie wünsche nur eine gleiche und gerechte Behandlung in einem Land, das aus ebenbürtigen und gleichberechtigten Partnern zusammengesetzt ist. Unter Bezug auf die massive Propaganda des landes- und regierungstreuen Bundes Rheinland-Pfalz, der mit der Parole hausiere „bleib daheim“, erklärte Wagner, bei zukünftigen gesetzgeberischen Maßnahmen werde man reiflich überlegen müssen, ob ein solcher Appell an das Nichtstun nicht doch irgendein „Tun“ darstelle.

Begleitet durch eine heftige Presseschlacht aller Interessenten am Für und Wider von Rheinland-Pfalz konnten sich dann vom 9. bis 22. April 1956 die Ludwigshafener in die Listen für eine Volksabstimmung über einen Anschluss der Pfalz an Bayern oder Baden-Württemberg eintragen. Überraschend wenig Wahlberechtigte nahmen jedoch diese Möglichkeit wahr: Gerade einmal 8,63 % votierten für ein Volksbegehren zugunsten des Anschlusses an Bayern; 10,79 % zugunsten eines Südweststaates.

Politische Niederlage, aber kein Karriere-Knick

1958 Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion.

(FOTO 25 BUNDESVERDIENSTKREUZ)

28. Februar 1959 Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz

(FOTO 26 WAGNER UND KOHL)

Friedrich Wilhelm Wagner und Dr. Helmut Kohl (1959 KV-Vorsitzender)

4. November 1959 MdB Wagner referiert vor der Stadtverbandskonferenz der SPD in Ludwigshafen unter dem Titel "Ludwigshafener Kommunalpolitik" über die jüngsten Auseinandersetzungen im Stadtrat aus Sicht der SPD. Dabei betonte Wagner, dass die Haltung der CDU unerfreulich geworden sei und führte dies darauf zurück, dass die Gegenseite bereits den Wahlkampf des Jahres 1960 vorbereiten würde. Dabei habe die SPD der CDU in der Stadt den zweithöchsten Posten zugestanden, und dies obwohl die SPD nach der letzten Kommunalwahl die Verwaltungsspitze ausschließlich mit eigenen Leuten hätte besetzen können. Die Replik durch den CDU-Kreisvorsitzenden MdL Dr. Kohl folgte bereits am nächsten Tag bei einer CDU-Versammlung in Friesenheim: Durch die Wahl von Bürgermeister Wild habe die SPD keinesfalls einen Blankoscheck für alles weitere erhalten. Vielmehr habe die CDU vor, die strittigen Fragen - auch die städtische Personalpolitik - öffentlich zu behandeln und dadurch eigenes Profil zu gewinnen. Am 11. November 1959 verschärfte MdL Dr. Kohl den Ton noch einmal, in dem er den SPD-Fraktionsvorsitzenden MdB Wagner als "Möchtegern-Oberbürgermeister" bezeichnete, der sich das Recht herausnehme,

"politischer Präzeptor der Stadt" zu sein. Der anschließend verbale Schlagabtausch mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Wagner war aber auch Ausdruck eines Generationskonfliktes zwischen einem von der Weimarer Republik bzw. der Nachkriegszeit geprägten Führungspolitiker.

12/1959 Präsident des Ehrengerichtshofes für Rechtsanwälte in Rheinland-Pfalz

1961/62 Vorsitzender SPD-Bezirk Pfalz (Bögler / DRP erklären)

(FOTO 27 WAGNER, Brandt, FT-B Hahn)

Leiter Bundestagswahlkampf

Am 15. Dezember 1961 Wahl zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts / Vorsitzender des Zweiten Senats

(FOTO 28 BVG)

Nach seinem Amtsantritt legte er Anfang 1962 alle politischen Funktionen nieder und gab seine Mandate zurück

Aufstieg zur Honorität

(FOTO 29 ADENAUER)

28. Februar 1964

(FOTO 30 STERN)

70. Geburtstag: Auszeichnung mit dem großen Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland mit Stern und Schulterband

(FOTO 31 WAGNER + 2 OB)

Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen / Wagner hält selbst die Festrede über das Thema "Der Bürger und seine Stadt"

(Foto 32 mit Amis)

1966 Empfang beim Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Europa

(Foto 33 Ruhestand)

1967 Un-Ruhestand / Freisprechfeiern usw..

(Foto 34 ALTERSFOTO)

1970 Gründungsmitglied der Loge „Pylon am Rhein“ in Ludwigshafen

(Foto 35 BEERDIGUNG / Freireligiöse)

Friedrich Wilhelm Wagner starb am 17. März 1971 in Ludwigshafen

Ich fasse meine eigens formulierte These noch einmal zusammen:

Meines Erachtens belegt das Beispiel Friedrich Wilhelm Wagner, dass die

Übernahme des MARXISMUS DURCH DIE

**DEUTSCHE ARBEITERBEWEGUNG
DEREN EMANZIPATION INNERHALB DER
WILHELMINISCHEN GESELLSCHAFT
ERMÖGLICHTE UND ZU EINER EIGENEN
ELITEN BILDUNG FÜHRTE; DEREN
PERSÖNLICH ERFOLGREICHES WIRKEN
IN DER BESTEHENDEN GESELLSCHAFT
FÜHRTE ZU EINER ANERKENNUNG
INNERHALB DIESER GESELLSCHAFT
UND BEFREITE DADURCH DIE ARBEITER
AUS DEM MARXISTISCHEN DOGMA UND
LIESS SIE ZUM EINEM INTEGRATIVEN
FAKTOR IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND WERDEN.**

*Meine Damen und Herren, ich hoffe durch
meinen Vortrag eine anschließende Diskussion
angeregt zu haben*

Das letzte Bild bitte